

normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates Sachsen-Anhalt
finanziert vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

3/2009

Thema:

Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt

Inhalt

2
Arbeit: Barrieren auf dem
Arbeitsmarkt

3
Auf ein Wort: Barrieren
erkennen und abbauen

4
Thema: Barrierefreies
Sachsen-Anhalt

9
Interview: Im Dialog mit
den Betroffenen

10
Wettbewerb: Calbe/Saale
wird barrierefreie Kommune

11
Wettbewerb: Neu ge-
schaffene Barrieren für Alle

12
Aktuell: Preiswürdig,
Landesgartenschau,
zweite Amtszeit für Adrian
Maerevoet



Foto: Sandra Kronfoth

Blinde und sehbehinderte Menschen hätten es gern, wenn alle Baustellen auf Fußwegen mit solchen „Barrieren“ gesichert wären.

Schafft die Barrieren ab!

Wollen wir wirklich alle Barrieren abschaffen? Es gibt Barrieren, die den Menschen nützen. Sie schützen vor Gefahren. Brückengeländer, Balkonbrüstungen und viele andere Barrieren braucht jeder.

Es gibt jedoch Barrieren, die nur einzelne Gruppen von Menschen ausgrenzen. Bei diesem Thema denken viele zuerst an Treppen, die von Rollstuhl- oder Rollatorbenutzern nicht überwunden werden können. Unterschiedlich behinderte Menschen begegnen im Alltag aber vielfältigen Hindernissen. Wir wollen alle Barrieren beseitigen, die Menschen nur auf Grund einer Behinderung ausgrenzen.

Aus diesem Grund stand das 4. Behindertenpolitische Forum unter dem Motto „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“.

Barrieren auf dem Arbeitsmarkt

15 Jahre AGSV LSA

Menschen mit Behinderungen begegnen auf dem Arbeitsmarkt die unterschiedlichsten Barrieren. In Zeiten einer allgemein hohen Arbeitslosigkeit ist es für sie noch schwerer einen ihrer Behinderung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Es gibt zwar Gesetze, die es verbieten, dass Menschen auf Grund ihrer Behinderung bei Einstellungen benachteiligt werden. Wenn aber ein anderer Grund genannt wird, warum der nichtbehinderte Bewerber bevorzugt wurde, ist es für den Einzelnen sehr schwer zu beweisen, dass man ihn eigentlich wegen seiner Behinderung nicht genommen hat. Helfen kann in einem solchen Fall die Schwerbehindertenvertretung, die es in fast allen größeren Betrieben und in allen Verwaltungen gibt. An sie kann man sich auch schon vor einer Bewerbung um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz wenden. Vielfach sind sich Bewerber mit „nichtsichtbaren“ Behinderungen oder einem GdB von nur 30 nicht sicher, ob sie ihre Behinderung offenbaren können, sollen oder müssen. Hier kann man sich vertraulich beraten lassen. Bei der Bewerbung um Arbeitsplätze in Behörden und Verwaltungen des Landes ist die Einbeziehung der jeweiligen Schwerbehindertenvertretung zwingend vorgeschrieben, wenn ein Mensch mit Behinderung unter den Bewerbern ist. Sie helfen sowohl dem Bewerber wie auch dem Arbeitgeber, wenn es z.B. darum geht, die Unterstützung des Integrationsamtes einzuholen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung und Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden in Sachsen-Anhalt (AGSV LSA) zog anlässlich ihres 15-jährigen Bestehens Bilanz ihrer Tätigkeit und ihrer Wirkung. Neben vielen Erfolgen kam dabei auch Verbesserungswürdiges zur Sprache. Die finanzielle Lage unseres Landes zwingt die Verwaltung Stellen einzusparen. Dies führt zu Umstrukturierungen und organisatorischen Änderungen. Hierbei werden die Schwerbehindertenvertretungen oft zu spät einbezogen. Probleme gibt es manchmal auch bei der Umsetzung des Fürsorgeerlasses und der Einbeziehung der Schwerbehindertenvertretung bei Beförderungen und Beurteilungen. Dies ist besonders unverständlich, da hier die „Beurteiler“ wertvolle Hilfen erhalten können, wie sie die behinderungsbedingten Besonderheiten berücksichtigen können. Oft führt es dazu, dass Betroffene im Nachhinein mit Unterstützung der Schwerbehindertenvertretung dagegen intervenieren. Leider gehen die verschiedenen Ministerien sehr unterschiedlich mit den Forderungen nach einer allumfassenden Barrierefreiheit um. Es gibt vier Aus- und

Fortbildungsinstitute für alle im Land beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – aber keins ist barrierefrei. Dies bedeutet, dass z.B. Rollstuhlfahrer keine Chance auf Weiterbildung haben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Um Chancengleichheit für alle und eine Diskriminierung von schwerbehinderten Menschen im Landesdienst zu verhindern, ist eine Zusammenarbeit der Behördenleiter mit der AGSV LSA zwingend erforderlich.

Neue Anlaufstelle für Schwerbehinderte nach Umzug

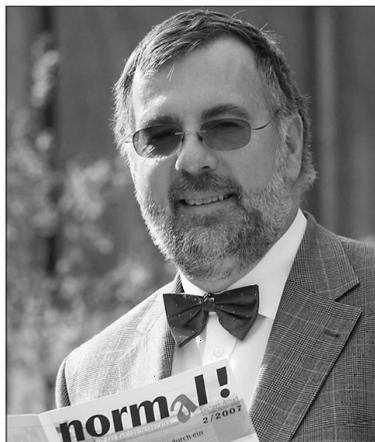
Im Dezember soll die Dienststelle des Landesverwaltungsamtes in der Halberstädter Straße in Magdeburg aufgegeben werden. Die hier angesiedelten Bereiche, u.a. die Abteilung für schwerbehinderte Menschen ziehen in den Verwaltungskomplex am Magdeburger Damaschkeplatz. Mit Unterstützung des Landesbehindertenbeirates, konnte erreicht werden, dass die behinderten Besucherinnen und Besucher aus dem nördlichen Sachsen-Anhalt hier ihre Angelegenheiten barrierefrei erledigen können. Dazu wurde an dem aus der Kaiserzeit stammenden Gebäude ein neuer Aufzug auf dem Hof angebaut. In seiner Nähe sollen Behindertenparkplätze angeordnet werden. Ein neues Behinderten-WC entsteht und die Schwellen vor den Bürotüren werden beseitigt. Vom Umzug betroffen sind auch behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier half die Schwerbehindertenvertretung dabei mit, den neuen Arbeitsplatz den Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Ein Mitarbeiter, dessen Arbeitsplatz durch den Umzug wegfiel, hat mit Unterstützung der Schwerbehindertenvertretung eine neue Arbeitsaufgabe erhalten. Der neue Arbeitsplatz ist wieder rollstuhlgerecht.



Foto: ABSV LSA

Zum Jubiläum gratulierten neben dem Ministerpräsidenten und dem Behindertenbeauftragten auch zahlreiche Landespolitiker der AGSV LSA und seiner Vorsitzenden Inge Jänsch (m.)

Barrieren erkennen und abbauen



**Adrian
Maerevoet,**

Landesbehinderten-
beauftragter

Liebe Leserinnen und Leser,

der Winter steht vor der Tür, die Tage bis Weihnachten lassen sich zählen und die persönlichen Aktivitäten finden mehr im Haus statt. So lässt sich nun bei einer wärmenden Tasse Tee das schlechte Wetter besser ertragen. Oft denke ich gerne an Sonnenschein und Ausflüge oder abendliche Wege bei lauer Nacht zurück. Doch dies trifft nicht alle Menschen gleich. So leben bei uns Menschen, die auch im Sommer nicht überall dorthin kamen, wohin sie gerne gewollt hätten. Der Grund ist nicht, dass sie einfach keine Lust hatten, etwas zu erleben, sondern dass fehlende Barrierefreiheit sie daran gehindert hat.

Vor diesem Hintergrund hatte sich der Landesbehindertenbeirat das diesjährige Thema „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ für sein behindertenpolitisches Forum gewählt. Politiker aller im Landtag vertretenen Fraktionen und Vertreter von Behörden und Institutionen diskutierten mit behinderten Menschen aus allen Landesteilen über Erreichtes, noch Wünschenswertes und Notwendiges. Selbst wenn so ein Tag immer viel zu schnell vorbei ist und deshalb manche Fragen nur gestreift werden können, ist es wichtig, sich damit auseinander zu setzen.

So wurde ein Forderungskatalog erarbeitet, in dem aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die drängendsten Fragen aufgeschrieben wurden. Der Landesbehindertenbeirat wird diese Forderungen der Landesregierung vorlegen. So hat diese Kenntnis und kann sich der Empfehlungen annehmen. Ob sie das tut, werden wir natürlich im Landesbehindertenbeirat beobachten und bei Bedarf einfordern. Denn manchmal wird der Unterstützungswille nicht immer so deutlich und ab

und zu könnte man sogar das Gegenteil vermuten. Manchmal ist es sehr bitter zu sehen, wie mit den Anliegen der Menschen mit Behinderungen umgegangen wird. Aber natürlich gibt es auch gute Zeichen und wir müssen die ewigen Zweifler, Verhinderer und Diskriminierer dazu bringen, den guten Beispielen zu folgen.

So hat mich besonders gefreut, dass die Kassenärztliche Vereinigung verschiedene Flyer zur barrierefreien Herrichtung von Arztpraxen nach intensiver Abstimmung u.a. mit dem Runden Tisch herausgegeben und auch ins Internet gestellt hat. Man erhält dort ganz konkrete Vorschläge, wie man seine Praxis auf Barrierefreiheit prüfen und sogar verbessern kann. Und nicht jede dieser Maßnahmen erfordert viel Geld. Die Ärzte werden nun hinsichtlich der Barrierefreiheit der Praxen befragt und das Ergebnis können Sie nach Auswertung im Internet auf der Suche nach einer geeigneten Praxis für sich nutzen. So werden Mediziner ermuntert, ihre Praxen so zu verändern, dass sie von allen Menschen besucht werden können. Herzlichen Dank an unsere Kassenärztliche Vereinigung.

Auf dem Forum wurden die Sieger des diesjährigen Landeswettbewerbs „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ ausgezeichnet. Ich gratuliere den Siegern, besonders der Stadt Calbe/S.. Bedauerlich ist aber, dass sich diesmal nur elf Kommunen beteiligten.

An dieser Stelle auch meinen herzlichen Glückwunsch der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden, die ihr 15-jähriges Bestehen unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten gefeiert hat. Danke für die wirklich gute Zusammenarbeit in und mit den Gremien der Menschen mit Behinderungen. Wir haben bewiesen, dass man gemeinsam mehr erreichen kann.

Jetzt bleibt mir nur noch, Ihnen eine gute Adventszeit und ein schönes Weihnachtsfest zu wünschen. Ich hoffe, dass Sie dies bei guter Gesundheit erleben, da derzeit die Schweinegrippe ja ziemlich um sich greift und deutliche Spuren hinterlässt. Jeder muss für sich entscheiden, ob er sich impfen lässt, wobei eine große Zahl der Menschen mit Behinderungen zu den Risikogruppen zählt. Treffen Sie die für sich richtige Entscheidung, aber treffen Sie eine.

Barrierefreies Sachsen-Anhalt

Das 4. Behindertenpolitische Forum



alle Fotos Seiten 4 bis 7: Bernd Peters

Podiumsdiskussion: Robert Richard (Sozialministerium), Hans-Peter Pischner (AG 3), Dr. Lydia Hüskens (FDP), Dr. Jutta Hildebrand (AG 2), Udo Reinländer (AG 1), Dr. Detlef Eckert (DieLinke), Dr. Verena Späthe (SPD), Wigbert Schwenke (CDU) vlnr.

Am 26. Oktober fand im Magdeburger Gesellschaftshaus das 4. Behindertenpolitische Forum statt. 110 Teilnehmer diskutierten über das Thema „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“. Außer den Vertretern behinderter Menschen aus allen Landesteilen kamen diesmal auch Vertreter der Rentenversicherung, der Kassenärztlichen Vereinigung, der NASA GmbH, der Architektenkammer, der Wohnungsbauförderstelle, aus Bauämtern und noch viele andere mehr. Manch Teilnehmer fragte sich beim Lesen des Mottos, ob da nicht noch ein Fragezeichen dahinter gehört. Der Begriff „Barrierefreiheit ist im Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes definiert: „Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrs-

mittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“ So soll Sachsen-Anhalt sein? So ist es noch nicht, aber so soll es werden.

Der Landesbehindertenbeauftragte, Adrian Maerveoet, gab in seiner Begrüßungsrede einen kurzen Überblick über bisher Erreichtes und die Größe der Aufgaben, die noch zu bewältigen sind. Dass dies das Ziel ist, betonte auch André Schröder, Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr. Im Hinblick auf die Städtebauförderung spielen die Belange der Barrierefreiheit schon wegen der demografischen Entwicklung zunehmend eine größere Rolle. Im Rahmen des Fördermittelwettbewerbs „Städte und wohnungsbauliche Modellprojekte in Sachsen-Anhalt“ besteht ein zwingendes Kriterium in der Herrichtung barrierearmer bzw. -freier Mietwohnungen, wobei die Wohnungen bei Neubaumaßnahmen grundsätzlich barrierefrei (gemäß DIN 18025 Teil 2) werden müssen. Die Förderrichtlinien für den Stadtumbau-Ost berücksichtigen ebenfalls die barrierefreie Zugänglichkeit. Soweit rollstuhlgerechte Wohnungen im sozialen Wohnungsbau entsprechend der DIN erstellt werden, wird je Wohnung ein



Förderschule für Körperbehinderte Magdeburg: „Eine Barriere ist es für mich, wenn andere mich nicht so annehmen wie ich bin.“



**André Schröder,
Staatssekretär:**

„Das Thema „Barrierefreies Sachsen-Anhalt berührt sämtliche Lebensbereiche, insbesondere aber Fragen der Gestaltung unserer gebauten Umwelt.“

einmaliger Baukostenzuschuss in Höhe von 5.000 EUR gewährt. Bei Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus werden die Belange der Behinderten weitestgehend berücksichtigt, schätzte der Staatssekretär in seinem Vortrag ein. Über die Einhaltung der bauaufsichtlichen Anforderungen an das „Barrierefreie Bauen“ wacht bei Hochbauten des Landes der Landesbetrieb Bau.

Hier sehen die Vertreter von Behindertenverbänden noch Verbesserungsmöglichkeiten. Zu oft wird nur an die Bedürfnisse von Rollstuhlnutzern oder blinden Menschen gedacht, die besonderen Belange von Geh-, Seh-, Hör- oder Lernbehinderten werden noch unzureichend berücksichtigt. Rollstuhlfahrer wundern sich manchmal über die eigenartige Gestaltung von z.B. Behinderten-WCs. Die notwendigen Bewegungsflächen sind zwar vorhanden, aber so angeordnet, dass sie keinem nutzen. Hier wünschen sich die Betroffenen eine

bessere Zusammenarbeit mit den Verbänden oder mit den Behindertenbeauftragten vor Ort.

Eine Erfolgsgeschichte ist die Zusammenarbeit der NASA GmbH mit Behindertenvertretern. Eine vom ABiSA im Auftrag der NASA erstellte Studie zur Situation der Bahnhöfe im Land, gibt wertvolle Hinweise zur barrierefreien Gestaltung. Hierbei geht es um die Zugänglichkeit der Bahnsteige und Züge, aber auch um die Verständlichkeit der Durchsagen, der Lesbarkeit von Informationen und Nutzung von Bediensystemen.

Anschließend wurden in drei Arbeitsgruppen einzelne Themen vertieft. In einer Podiumsdiskussion wurden durch die Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen die Ergebnisse mit den Behindertenpolitischen Sprechern aller im Landtag vertretenen Parteien diskutiert. Es wurde ein Forderungskatalog des 4. Behindertenpolitischen Forums an die Landesregierung erstellt.

**Adrian Maerevoet,
Landesbehinderten-
beauftragter:**

„Fragen der Barrierefreiheit haben in den einzelnen Ministerien noch einen recht unterschiedlichen Stellenwert.“



Barrierefreie Kommune - Arbeitsgruppe 1

Frau Dr. Wendland, Landeskonservatorin des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, informierte über die Aufgaben und Arbeitsweise des Landesamtes. Sie stellte richtig, dass bei denkmalgeschützten Gebäuden mitunter der Denkmalschutz nur vorgeschoben wird, um barrierefreie Lösungen oder zumindestens sinnvolle Kompromisse in dieser Richtung einfach abzublocken. Sie rief die Teilnehmer auf, nicht gleich klein beizugeben, sondern sich direkt mit ihr in Verbindung zu setzen, um strittige Sachverhalte abzuklären und zu einem sachgerechten Umgang mit dem Denkmal bezüglich der Barrierefreiheit zu kommen.

Den Teilnehmern wurde ein Thesenpapier übergeben, das Forderungen zur Erreichung des Zieles einer barrierefreien Kommune enthielt. In der Diskussion darüber wurde festgestellt, dass weitgehend ausreichende Instrumente zum barrierefreien Planen vorhanden sind. Es fehlt jedoch am Informationsfluss von den Spezialisten (Betroffenen) zu den Bauherren und den Planenden unabhängig von Normen, Gesetzen und Institutionen. Es gibt viel Spezialwissen von Betroffenen und Sachverständigen, das aber zu wenig ab-

gerufen und gebündelt vorgehalten wird, z. B. durch hauptamtliche Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen. Schon zu Beginn einer Planung muss es zu einer Qualifizierung im Hinblick auf die Erreichung einer Barrierefreiheit kommen. Bereits in dieser frühen Planungsphase ist ein direkter Kontakt zu Spezialisten herzustellen. Barrierefreies Planen ist wirtschaftlicher, als gebaute Barrieren danach wieder einzureißen. Während der Bauausführung und nach Baufertigstellung sollte eine „Kontrolle“ bzw. „Bauabnahme“ durch diese Spezialisten erfolgen.

Eine permanente Fortbildung von Planenden, Bauherren, Politikern, Behörden, Bauaus-



**Klaus Rüdiger Malter,
NASA GmbH:**

„Der ABiSA hat alle 323 Zugangsstellen der Bahn für uns beurteilt und diese Ergebnisse werden jetzt in unsere Planungen mit einbezogen.“



In allen Arbeitsgruppen wurde intensiv an der Erstellung eines Forderungskatalogs an die Landesregierung gearbeitet

führenden und Verantwortlichen für Gebäude ist erforderlich.

Als wesentliches Kriterium einer Fördermittelzusage muss die Garantie von Barrierefreiheit gewährleistet sein. Im privaten Wohnungsbau sind „Kann-Bestimmungen“ umzuwandeln in „Soll-Bestimmungen“.

Viele Maßnahmen der Barrierefreiheit enden an der Stadtgrenze, aber auch im ländlichen Raum besteht die Notwendigkeit, Barrierefreiheit in ihrer Vielfalt durchzusetzen. Der Verweis auf eine zu geringe Zahl von Betroffenen darf hier kein Gegenargument zur Verhinderung von Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit sein.

- Barrierefreiheit dient allen Menschen. -

Udo Rheinländer

Barrierefreies Gesundheitswesen - Arbeitsgruppe 2

Menschen mit Behinderungen fühlen sich durch vielfältige Barrieren behindert wenn sie Leistungen des Gesundheitswesens benötigen. Einige wurden durch Bundesgesetze geschaffen, andere liegen in der Verantwortung des Landes und manche werden vom einzelnen Arzt oder Mitarbeiter im Gesundheitswesen errichtet. Frau Dr. Hildebrand vom Behindertenbeirat und Gerriet Schröder von der AOK hatten es nicht leicht, die Diskussion zu leiten.

Bei einem barrierefreien Gesundheitswesen denkt man zuerst an einen stufenlosen Eingang, breite Türen und eventuell noch an ein Behinderten-WC. Es gibt aber viel mehr Hürden in einer Arzt- oder Therapiepraxis. Sind die Gänge im Wartebereich breit genug? Kann man am Anmelde-resen auch sitzende Kunden bedienen? Sind die Untersuchungstische und -instrumente auch zur Untersuchung schwerbehinderter Patienten geeignet, also z.B. höhenverstellbar? In Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch der Menschen mit Behinderung des Landes hat die Kassenärztliche Vereinigung einen Fragebogen erstellt, um sich einen Überblick über die barrierefreie Ausstattung der Arztpraxen zu verschaffen. Die Ergebnisse sollen dann u.a. im Internet veröffentlicht werden, um Patienten die Suche nach einer für sie geeigneten Praxis zu erleichtern. Sie könnten auch als Grundlage für Planungen dienen.

In vielen Regionen haben Patienten mit Behinderungen sehr weite Wege zu einer für sie geeigneten Praxis zurückzulegen. Vielfach gibt es keine, oder keine für sie geeigneten, ÖPNV-Verbindungen. Menschen mit z.B. inneren Erkrankungen haben oft kein Merkzeichen aG im Schwerbehindertenausweis, so dass sie keine

Fahrtkosten erstattet bekommen. Haben sie kein eigenes Geld oder freundliche Nachbarn mit einem Auto, dann können sie nicht mehr zu Fachärzten. Auch behinderte Patienten, die über die erforderlichen Merkzeichen oder Pflegestufen verfügen, müssen sich jede Fahrt einzeln genehmigen lassen. Dazu haben sie der Krankenkasse jedes mal eine ärztliche Verordnung zu Genehmigung vorzulegen. Was tut man aber bei plötzlichen Schmerzen? Könnten nicht alle Kassen, also auch die AOK, diesem Personenkreis die Fahrtkostenerstattung bei Vorlage einer Verordnung, für jeweils mindestens ein halbes Jahr pauschal zusagen? Einige Kassen tun dies. Herr Schröder will diesen Gedanken den Gremien der AOK vortragen.

Ein großes Problem stellt die Versorgung von schwerbehinderten Menschen in Krankenhäusern dar. Die Vergütung der Leistungen nach Fallpauschalen berücksichtigt nicht den Mehrbedarf eines schwer Pflegebedürftigen. Seit einigen Wochen ist durch ein Bundesgesetz geregelt, dass Menschen die eine 24-Stunden Assistenz im Arbeitgebermodell haben, diese in ein Kranken-



Gerriet Schröder, AOK:

„Ich hatte in der Diskussion den Eindruck, dass ein Mensch mit Behinderungen seine Rechtsansprüche gegenüber dem Sozialsystem nur einklagen kann.“

haus mitnehmen können. Behinderte Patienten, die zu Hause von Pflegediensten und Angehörigen gepflegt werden oder die sonst in Pflegeeinrichtungen leben, müssen auch im Krankenhaus gepflegt werden (waschen, füttern, lagern usw.). Dies ist in der Fallpauschale nicht enthalten. Entweder hat das Krankenhaus noch genügend Pflegepersonal und leistet dies unentgeltlich – oder?

Die Trends zu einer immer früheren Entlassung aus dem Krankenhaus und zu mehr ambulant durchgeführten Operationen und Behandlungen führen dazu, dass immer mehr Menschen anschließend Behandlungspflege durch einen Pflegedienst benötigen. Patienten mit Behinderungen sind oft noch mehr darauf angewiesen. Wie soll ein in seiner Mobilität eingeschränkter Mensch den Verband an seinem Fuß wechseln, wenn er dort mit seinen Händen gar nicht hinkommt? Über die Pflegeversicherung wird nur das Waschen und Anziehen vergütet. Wie soll ein Sehbehinderter erkennen, dass sich der Wundrand verfärbt und er jetzt wieder den Arzt aufsuchen sollte? Hier muss

**Sianna Scheppe,
Geschäftsführern
eines
Pflegedienstes:**

„Manchmal habe ich das Gefühl, „Ambulant vor Stationär“ ist gar nicht wirklich gewollt.“



großzügiger verordnet und vor allem genehmigt werden.

Behinderte, die in Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben, bekommen im Regelfall, keine zusätzliche Behandlungspflege. Diese sei durch die Einrichtung zu erbringen, die Kosten wären im Regelsatz enthalten. Die dort beschäftigten Sozialpädagogen haben jedoch keine medizinische Ausbildung. Hier besteht dringender Regelungsbedarf.

Sabine Kronfoth

Barrierefreie Bildung und Kultur - Arbeitsgruppe 3

Die Arbeitsgruppe war vielfältig besetzt. Neben Vertretern von behinderten Menschen nahmen auch Praktiker aus dem Bildungswesen, von Bauträgern und Tourismusfachleute teil. Dr. Karin Greve, aus dem Kultusministerium führte ins Thema ein und fragte: Wie barrierefrei sind Bildungs-, Kultur- und Tourismusangebote in unserem Land bereits? Wo hapert es noch?

**Ines Prassler,
Behindertenbeauftr.
Burgenlandkreis:**

„Von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten und einem starken Behindertenbeirat können alle Gemeinden im Landkreis profitieren.“



Das Thema „Barrierefreiheit“ werde heute viel stärker wahrgenommen als noch vor wenigen Jahren und sei in vielen Köpfen angekommen. Einigkeit bestand darüber, dass es inzwischen viele gute Beispiele für barrierefreie Lösungen auf diesem Gebiet gibt, etwa barrierefrei sanierte Schulen in Burg und Magdeburg, barrierefreie Hochschulgebäude und verschiedene gut zugängliche Museen und Ausstellungen. Aber jeder kennt auch Objekte, in die viel Geld geflossen ist, und die trotzdem für Menschen mit Behinderungen kaum zugänglich sind. Man denke an den Domschatz in

Halberstadt, den Aussichtspunkt der "Arche Nebra" oder die Cranach-Herberge in Wittenberg, wo viele Behinderte außen vor bleiben müssen.

Barrierefreiheit gelingt immer dort, wo engagierte und kompetente Interessenvertreter, meist Behindertenbeauftragte oder erfahrene Mitglieder von Behindertenverbänden, rechtzeitig einbezogen werden. Wo das versäumt wird oder wo kein kompetenter Ansprechpartner zu finden ist, werden immer noch neue Barrieren errichtet, sei es aus Unkenntnis, Gleichgültigkeit oder Engstirnigkeit. So bleibt es häufig dem Zufall überlassen, ob barrierefrei geplant und gebaut wird.

Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle, forderte deshalb vehement, landeseinheitliche verbindliche Mindeststandards für barrierefreie Schulen und Kultureinrichtungen zu schaffen. Nur wer diese Mindeststandards auch umsetzt, darf noch Fördermittel vom Land bekommen! Bauordnungsämter müssten endlich die Umsetzung der Barrierefreiheit ebenso kontrollieren wie Statik, Brandschutz oder Fluchtwege. Und das Land als Fördermittelgeber muss diese zurückfordern, wenn das barrierefreie Bauen vernachlässigt wird.

Immer wieder wurde betont: Barrierefreiheit herzustellen, muss eine Querschnittsaufgabe sein, die vernetztes Handeln und Einbeziehung vieler Akteure erfordert. Ressortdenken und bürokratische Scheuklappen müssen überwunden werden.

Besonders im Tourismus gelte, so Dr. Jürgen Hildebrand, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes (ABiSA), dass nicht nur barrierefreie "Inseln" geschaffen werden dürfen, sondern Leistungsketten entstehen müssen, die aufeinander aufbauen. Betroffene müssten barrierefrei anreisen können, barrierefreie Unterkünfte vorfinden und alle kulturellen, sportlichen und gastronomischen Angebote vor Ort barrierefrei nutzen können.

Sachsen-Anhalt braucht eine zentrale verlässliche Anlaufstelle, eine Art Landeskompetenzzentrum, zu allen Fragen der Barrierefreiheit, meinte der Magdeburger Behindertenbeauftragte Hans-Peter Pischner. Hier sollten kompetente Mitarbeiter beraten, Informationen und positive Erfahrungen sammeln und weitergeben. Natürlich müsse zunächst geklärt werden, wie eine solche Struktur aussehen soll, wo sie integriert werden kann und wie sie zu finanzieren ist. In vielen Einrichtungen werde zu einzelnen Fragen der Bildung und Integration von Menschen mit Behinderungen geforscht, auch zu Aspekten der Barrierefreiheit. Nur warum gibt es bisher keine wissenschaftlichen Kapazitäten, wo diese Erkenntnisse gebündelt und vermittelt werden?

Die Teilnehmer der Runde kamen zu dem Fazit, dass trotz einiger erreichter Fortschritte noch viel zu tun bleibt, um allen

Menschen alle Angebote auf dem Gebiet von Bildung, Kultur und Tourismus in unserem Land zugänglich zu machen. Dazu könnte ein Landesaktionsprogramm mit konkreten inhaltlichen und zeitlichen Zielvorgaben beitragen.

Hans-Peter Pischner



Forderungskatalog

Die Landesregierung wird von den Teilnehmenden des 4. behindertenpolitischen Forums aufgefordert:

- o ein langfristiges Landesprogramm zur Barrierefreiheit unter Einbeziehung des städtischen und ländlichen Raumes zu entwickeln
- o ein Landeskompetenzzentrum als zentrale Anlaufstelle zu allen Fragen der Barrierefreiheit zu gründen (z.B. wissenschaftliche Basisarbeit, permanente Fortbildung von Planenden, Bauherren, Behörden und Bauausführenden, Verbesserung des Informationsflusses)
- o Barrierefreiheit als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe durch Vernetzung und Kompetenzbündelung umzusetzen
- o alle Fördermittel an die Herstellung von Barrierefreiheit zu binden sowie die Einhaltung der Vorschriften zu prüfen und Verstöße zu sanktionieren
- o die Bestellung hauptamtlicher Beauftragter für Menschen mit Behinderungen in den Kommunen vorzuschreiben
- o landeseinheitliche Mindeststandards der Barrierefreiheit insbesondere für Schulen und Kulturstätten festzulegen
- o eine Situationsanalyse für den Bereich der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen zu erstellen
- o den Unterstützungsbedarf von Menschen mit Behinderungen bei der Wahrnehmung ambulanter und stationärer medizinischer Leistungen zu gewährleisten
- o diskriminierungsfreie Beratungen und Leistungen der Krankenkassen zu sichern

Im Dialog mit den Betroffenen



Wigbert Schwenke

Behinderten-
politischer
Sprecher
der CDU-Fraktion

Innerhalb unserer Gesprächsreihe mit Politikerinnen und Politikern aus Sachsen-Anhalt führen wir diesmal ein Gespräch mit dem Behindertenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wigbert Schwenke.

Herr Schwenke, welche Eindrücke haben sie auf dem Forum gewonnen?

Es war ein interessanter Austausch mit engagierten Kämpfern für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In den Diskussionen zeigte sich, was schon geschaffen wurde und welche Aufgaben noch vor uns stehen.

Sie sind schon lange behindertenpolitischer Sprecher ihrer Fraktion. Welche Barrieren, die Behinderte ausgrenzen fallen ihnen im Alltag auf?

Man geht bewusster durch die Welt, achtet auf Schwellen und Rampen, fragt nach Fahrstühlen und ärgert sich über Straßenbahnhaltestellen, die noch nicht behindertengerecht ausgebaut wurden. Man schaut mittlerweile auf die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Sinnesbehinderungen und fragt, ob blinde oder gehörlose Menschen hier alle notwendigen Informationen erhalten können. In letzter Zeit bin ich verstärkt auf die Probleme von Menschen mit Lernschwierigkeiten aufmerksam geworden. Sie sind, was den Zugang zu Behörden oder kulturellen Einrichtungen betrifft, auf eine einfache Sprache angewiesen. Hier ist noch viel zu tun, denn das haben wir in der Vergangenheit noch ziemlich vernachlässigt.

Beim Abbau welcher Barrieren haben sie schon selbst mitarbeiten können?

Gemeinsam mit anderen gelang es mir z.B. auf die Belange des barrierefreien Tourismus aufmerksam zu machen. Es gibt mittlerweile im Land ein Projekt dafür.

In der Stadt Magdeburg bin ich Fraktionsvorsitzender im Stadtrat. Hier haben wir gemeinsam schon einiges erreicht. Aktuell haben wir vor

einigen Tagen einen Antrag zum barrierefreien Ausbau einer Straßenbahnhaltestelle gestellt. Diese liegt im Einzugsbereich des Sozialamtes, welches regelmäßig von Menschen mit Behinderungen besucht wird.

Welches sind die größten Hindernisse bei der Schaffung von Barrierefreiheit?

Das größte Problem ist die Frage der Finanzierung. Beim Ausbau von Haltestellen z.B. ist der Bedarf zurzeit viel höher als die finanziellen Möglichkeiten. Es ist nötig den Dialog zwischen den Vertretern der Menschen mit Behinderungen und den Verkehrsbetrieben weiter zu fördern. Beide Partner sind sehr engagiert bei der Sache. Ein anderes Problem ist die Gedankenlosigkeit in den Köpfen. Vielen muss man immer wieder erklären, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Es geht nicht nur um Rollstuhlfahrer, blinde oder gehörlose Menschen, auch eine immer älter werdende Bevölkerung benötigt zunehmend Barrierefreiheit. Sowohl Politiker aller Ebenen als auch Mitarbeiter in Ministerien und Behörden müssen das verstehen und umsetzen. Jeder kann im Laufe seines Lebens zwingend darauf angewiesen sein. Wir müssen mit diesem Thema wesentlich bewusster umgehen. Ich sage immer: „Das Glas ist mindestens halb voll, auch wenn wir noch lange nicht am Ziel sind.“

Zurzeit wird im Behindertenbeirat über eine Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes diskutiert. Welche Meinung haben sie dazu?

Sachsen-Anhalt war eines der ersten Bundesländer die ein solches Gesetz hatten. Die Veränderungen der letzten Jahre müssen sich in einem neuen Gesetz widerspiegeln. Dies betrifft vor allem Fragen der Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen und der Behindertenbeauftragten in den Landkreisen und kreisfreien Städten. In Magdeburg zeigt sich, dass die Einsetzung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten eine wirkliche Erfolgsgeschichte ist. Dieses Model sollten die Landkreise, in ihrem eigenen Interesse, prüfen und übernehmen.

Ich empfehle jedem Politiker den Kontakt zu den Behindertenbeiräten wirklich beizubehalten und die Anregungen, die aus diesen Reihen kommen, ernst zu nehmen. Dass man nicht alle Wünsche umsetzen kann, dürfte jedem Beteiligten klar sein, aber aus diesem Dialog sollte man das Beste für die Menschen machen.

Calbe/Saale wird barrierefreie Kommune

4. Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“



Foto: L.Geiges (Volksstimme)

Minister Dr. Karl-Heinz Daehre gratuliert Volker Ludwig, dem Vertreter der Stadt Calbe

Im Rahmen des behindertenpolitischen Forums wurden die Sieger des Landeswettbewerbs „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ durch den Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Dr. Karl-Heinz Daehre, ausgezeichnet. Es gab in diesem Jahr zwei dritte Preise für die Städte Klötze und Halberstadt. Die beiden Preisträger erhielten jeweils 200.000 Euro. Die Stadt Sangerhausen erhielt eine Anerkennung in Höhe von 100.000 Euro. Sieger wurde die Stadt Calbe/Saale. Für ihren Wettbewerbsbeitrag, ein gesamtstädtisches Konzept, erhielt sie 500.000 Euro.

Calbe nannte seinen Beitrag „Zuhause mobil / mobil in der Stadt“. Unter diesem Motto werden im Rahmen eines integrierten Stadtkonzeptes, Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld und ÖPNV miteinander verknüpft. Ziel ist es, einen gesamten Stadtteil barrierefrei für alle Menschen zu gestalten. Es geht nicht nur um den Abbau von Barrieren für behinderte oder ältere Menschen,



Foto: Stadt Calbe

Barrierefreiheit wird angesichts des demographischen Wandels immer wichtiger

sondern auch für Kinder und Familien. Innerhalb einer Wohnanlage werden so, neben barrierefreien Wegen mit Sitzmöglichkeiten, auch Spielplätze für kleinere und größere Kinder vorgesehen. Um einem Wohnungsleerstand entgegen zu wirken, kommt es zu einem Rückbau von Wohnungen. Dazu werden obere Geschosse abgebaut. Ein Block mit Einraumwohnungen wird so umgestaltet, dass in ihm Zweiraumwohnungen mit ebenerdigen Duschen entstehen. Mehrere Wohngebäude erhalten Aufzüge und barrierefreie Zugänge. Fußwege werden angehoben und Bordsteinkanten abgesenkt. Im Planungsgebiet befindet sich auch ein barrierefrei gestaltetes Pflegeheim. Über dieses soll die ambulante Betreuung von Senioren im Wohngebiet erfolgen. Durch barrierefreie ÖPNV-Verbindungen ist das Wohngebiet mit der Altstadt und anderen Stadtteilen verbunden. Hier sind bereits Kreuzungsbereiche und Haltestellen umgestaltet worden.



GEPLANTE PROJEKTE

Foto: Stadt Calbe

Die einzelnen Objekte befinden sich innerhalb eines großen Planungsgebietes

Der Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ wurde 2003, im „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“, erstmals ausgelobt und wird seit dem alle zwei Jahre veranstaltet. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu einem festen Bestandteil des Stadtbaus zu machen. Bei der feierlichen Preisverleihung im Gesellschaftshaus Magdeburg würdigte Minister Dr. Karl-Heinz Daehre die vielfältigen Bemühungen der Wettbewerbsteilnehmer, die Belange von Menschen mit Behinderung zu einem festen Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung zu machen. „Diese Aufgabe darf uns nicht nur in Sonntagsreden beschäftigen“, forderte der Minister. Gleichzeitig äußerte er sein Bedauern darüber, dass sich am diesjährigen Wettbewerb nur elf Kommunen aus Sachsen-Anhalt beteiligt haben.

Neu geschaffene Barrieren für Alle

Schönebeck/E. - Wettbewerbssieger von 2007 - baut Hindernisse für alle Bürger

Nach vielen Diskussionen und Überzeugungsversuchen nahm die Stadt Schönebeck im Jahr 2007 am Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ teil. Gegenstand der Bewerbungen waren Elemente der gerade zum Sanierungsgebiet erklärten Altstadt (u.a. die ca. 50m lange Fußgängerzone „Salztor“, ein barrierefreier Spielplatz, ein „Park der Generationen! und der Übergang zur Salineinsel, die sich in Zukunft zu einem „Touristenpark“ entwickeln soll. Dank der Vorarbeiten und der Planungen gewann die Stadt den 1. Preis. Die Freude war groß.

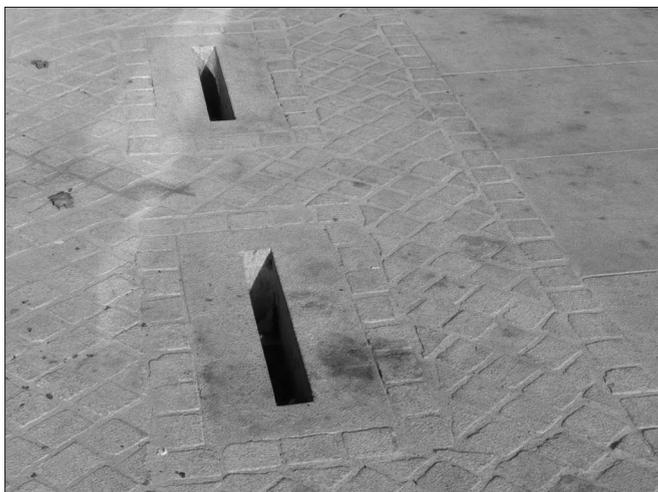


Foto: Jürgen Hildebrand

Fahrradabstellschlitze
Was bricht hier zuerst - ein Rollirad oder ein Kinderfuß?

Dann zog das große Schweigen ein. Im Jahr 2009 nahm die ortsansässige Regionalgruppe des ABISA Anlauf und fragte bei der Stadtverwaltung nach, was denn nun aus den preisgekrönten Planungen werden würde. Ein Gespräch im Stadtplanungsamt brachte die bittere Erkenntnis, dass viele Ansprüche der Barrierefreiheit (z.B. der barrierefreie Zugang zu den Ladenlokalen) nicht realisiert werden können. Seitens des Behindertenverbandes wurde auf in Planung befindliche Poller hingewiesen, die - so das Bauamt - „den historischen Verlauf der Stadtmauer symbolisieren sollten“. Meinung der Betroffenen war, dass man diesem ästhetischen Anspruch auch anders gerecht werden könne und auf diese Stolperfallen (nicht nur) für sehbehinderte Menschen verzichten solle. Dem ersten Gespräch folgten weitere. Letztlich entschied der zuständige Baudezernent „Die Poller werden nicht gesetzt.“. Leider hatte er hier die Rechnung „ohne den Wirt“ - in diesem Falle den Oberbürgermeister Hans Jürgen Haase - gemacht. Dieser wies an: „Es wird gebaut wie geplant!“ Bei einer Ortsbegehung kurz vor der

Straßenfreigabe fielen dem Behindertenverband weitere Mängel auf. Tiefe Schlitze im Gehweg sollen als Fahrradabstellanlage dienen. Dass eher die Füße von Passanten, Räder von Kinderwagen, Rollstühlen und Rollatoren sich darin verfangen könnten, hatte die Architektin wohl nicht bedacht. Aus „in den Granit eingelassenen“ Zunftzeichen, die durchaus auch als Aufmerksamkeitsfeld für blinde und sehbehinderte Menschen hätten dienen können, wurden blankpolierte Bilder, die bei Nässe zu Rutschbahnen werden.

Zu einem Gespräch war bislang lediglich das ohnehin einsichtige Bauamt bereit. Hier ist man eifrig auf Kompromissuche. Seitens des Oberbürgermeisters gab es keine Reaktion - weder auf einen Brief, noch auf diverse Pressenotizen. Auch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr reagierte mehr als zurückhaltend. Das Salztor wurde nun plötzlich doch nicht mit finanziellen Mitteln aus dem Wettbewerb gebaut, barrierefreies Bauen sei kommunale Angelegenheit und einen in einem Landeswettbewerb gewonnenen Titel kann man nicht aberkennen. Schönebeck bewarb sich auch 2009 wieder für den Wettbewerb... zum Glück (?) ohne Erfolg. Gebracht hat den Schönebeckern der Wettbewerb aus 2007 nämlich eine Straße, über deren optische Gestaltung man streiten kann, die aber auf keinen Fall den Kriterien der Barrierefreiheit gerecht wird. Zurück bleiben ein bitterer Beigeschmack und die Frage, welchen Sinn ein solcher Wettbewerb noch hat, wenn er derart unterlaufen werden kann.

Frank Schiwiek (ABISA)



Foto: Jürgen Hildebrand

Schönebeck für Blinde: Pflastermix ohne Leitstreifen - also an der Wand lang - und gegen den Poller - aber so rutscht man bei feuchtem Wetter wenigstens nicht auf dem Bild aus, welches am linken Rand glitzert. Rechts im Bild: Läden ohne Rollstuhlkunden.

Preiswürdig

Zu erkennen was wert ist, gewürdigt zu werden, diesem ehrgeizigen Ziel hat sich der Runde Tisch „Behinderte und Arbeitswelt“ im Auftrag des Landesbehindertenbeirats verschrieben. Der Preis „Pro Engagement“ soll Unternehmen Sachsen-Anhalts für ihr betriebliches Engagement für Menschen mit Behinderung auszeichnen, das über die gesetzlichen Vorgaben hinaus geht. Die Vergabekriterien und die Ausgestaltung des Wettbewerbs wurden gemeinsam mit dem Integrationsamt, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales entwickelt. Mit kreativer Unterstützung der Förderschule Hugo-Kükelhaus in Magdeburg hat der Preis auch schon Gestalt angenommen.

„Wir wollten keinen Pokal, sondern etwas, das den Betrachter zum Nachdenken anregt und aus verschiedenen Perspektiven unterschiedliche Ansichten zeigt.“ sagt Adrian Maerevoet, der für die künstlerische Abstimmung verantwortlich zeichnet. Am Runden Tisch „Behinderte und Arbeitswelt“, der die Konzeption und Organisation des 5. Behindertenpolitischen Forums 2010 übernommen hat, kam dieses Konzept sehr gut an. Erklärtes Ziel aller Beteiligten ist, die ersten Unternehmen am 20. September 2010 feierlich mit dem Preis „Pro Engagement“ auszuzeichnen.

Maike Jacobsen



Foto: A. Maerevoet

Der Preis „Pro Engagement“ wird 2010 erstmals verliehen

Landesgartenschau

Zur Vorbereitung eines Besuchs der nächsten Landesgartenschau ist ein Hörbuch auf CD erschienen. In zwölf Kapiteln kann der Zuhörer Wissens- und Erwähnenswertes über die Gartenschau im nächsten Jahr erfahren. Eingebettet sind die Informationen in Musik und mit allerhand Service-Auskünften unterlegt. Das Hörbuch ist kostenlos bei der LGS erhältlich. Es steht zudem als Download auf der Gartenschau-Homepage zur Verfügung. Dieser Service ist nicht nur für Sehbehinderte, sondern für alle Gäste gedacht.

Landesgartenschau Aschersleben 2010 GmbH
Heinrichstr. 4
D-06449 Aschersleben
www.landessgartenschau-aschersleben.de

Zweite Amtszeit für Adrian Maerevoet

Im Benehmen mit dem Behindertenbeirat des Landes ist Adrian Maerevoet im September diesen Jahres zum zweiten Mal zum Behindertenbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt berufen worden. Diesbezüglich würdigte die Sozialministerin Dr. Gerlinde Kuppe die Arbeit von Herrn Maerevoet und erklärte: „Neben der vielfältigen Beratung Einzelner ist es ihm gelungen, den Stellenwert der Gremien und das Problembewusstsein für die Situation von Menschen mit Behinderungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung deutlich positiv zu verändern.“

Das Gesetz für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung behinderter Menschen im Land Sachsen-Anhalt schreibt die Berufung einer oder eines Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen vor. Der Beauftragte ist dem Ministerium für Gesundheit und Soziales zugeordnet. Er berät die Landesregierung in allen Fragen behinderter Menschen und unterbreitet Vorschläge zur besseren Integration.

Impressum

Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen Adrian Maerevoet (V.i.S.d.P.)

Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel.: 0391 567-6985 / 4564

Fax: 0391 567-4052

behindertenbeauftragter@
ms.sachsen-anhalt.de

Alle Rechte für diese Ausgabe liegen beim Herausgeber.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung.

Redaktion und Layout:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates, Verantwortliche: Sabine Kronfoth

Druck:

KOCH-DRUCK
Halberstadt
Tel. 03941/6900-0
info@koch-druck.de

Die „normal!“ kann auch unter www.behindertenbeauftragter.sachsen-anhalt.de heruntergeladen oder unter www.bsv-sachsen-anhalt.de gehört werden.